



Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen
CH-3003 Bern

Per Mail: kvf.ctt@parl.admin.ch

Bern, 16. Oktober 2024

**Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Mitglieder der KVF-S
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Vernehmlassung Abgabenanteile für lokale Radio- und regionale Fernsehveranstalter und Fördermassnahmen zugunsten der elektronischen Medien Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Allgemeine Einschätzung

Der Städteverband begrüsst die Stossrichtung der vorgelegten Änderung des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG). Er unterstützt eine Erhöhung des Abgabenanteils der Lokalradios und Regionalfernsehen von heute vier bis sechs Prozent auf neu sechs bis acht Prozent (Art. 40) sowie — als allgemeine Massnahmen zur Medienförderung — die Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, von Nachrichtenagenturen und von Selbstregulierungsorganisationen wie dem Presserat.

Mit der Befürwortung der Erhöhung der Abgabenanteile für die konzessionierten regionalen Radio- und TV-Veranstalter anerkennt der Städteverband den Umstand, dass gerade lokale Radio- und TV-Sender für die Meinungsbildung zu politischen Themen in den Städten und in der Region eine wichtige Rolle spielen. Berichterstattungen zu politischen Geschäften, Abstimmungsvorlagen oder Wahlen in den regional verankerten Radio- und TV-Programmen tragen massgeblich zur Meinungsvielfalt bei.

Gleichzeitig verändert sich die Mediennutzung. Werbe- und Aboeinnahmen brechen weg und es besteht auf privater Seite immer weniger die Bereitschaft, in demokratiegerechten Journalismus zu investieren. Diese Situation führt zu einschneidenden Sparmassnahmen bei privaten Medienhäusern, was wiederum den demokratiegerechten Journalismus unter Druck setzt. Die Digitalisierungs- und Monopolisierungsprozesse der letzten Jahre machen eine gezielte Medienförderung nötiger denn je.

Vor diesem Hintergrund begrüssen wir die Bemühungen der KVF-S, die Medienförderung auszubauen. Auch zu begrüssen ist das Ansinnen, die heute bewährten Förderinstrumente für Radio- und Fernsehen an die Bedürfnisse eines digitalen Umfelds anzupassen und elektronische Medien daran partizipieren zu lassen.



Anliegen zu einzelnen Bestimmungen

Eine Mehrheit unserer Mitglieder ist nicht einverstanden mit der Finanzierung der Abgabenanteile und Fördermassnahmen zulasten der SRG. Diese ist, wie alle anderen Medien, der veränderten Medienutzung ausgesetzt. Neben wegbrechenden Einnahmen aus der TV-Werbung drohen der SRG weitere Einnahmengkürzungen: allenfalls durch die Volksinitiative «200 Franken sind genug» oder durch den Gegenvorschlag des Bundesrates zur schrittweisen Senkung der Radio- und Fernsehgebühr für Haushalte auf jährlich CHF 300. Der Städteverband hat sich in seiner [Stellungnahme zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung \(RTVV\)](#) klar ablehnend zu einer Senkung der Abgaben geäussert.

Für den Städteverband zeichnen sich die Informationsangebote der SRG durch journalistische Professionalität aus. Für die Städte und die Regionen kommt den jeweiligen SRF-Regionaljournalen mit ihrer fundierten Berichterstattung über politische Prozesse und Entscheide eine besondere Bedeutung zu. Diese Qualität gilt es ebenfalls zu erhalten und zu fördern.

Nach der vom Bundesrat beschlossenen Teilrevision der RRTV sind zusätzliche Mindereinnahmen bei der SRG nicht gerechtfertigt. Der Städteverband beantragt deshalb, dass die vorliegende Vorlage mit geeigneten Massnahmen für die SRG flankiert wird. Diese Massnahmen sollen sicherstellen, dass es zu keinen zusätzlichen Mindereinnahmen bei der SRG kommt. So könnte beispielsweise eine zeitliche Staffelung der Umsetzung von Massnahmen, die aus der Mediengebühr finanziert werden, die negativen finanziellen Auswirkungen auf die SRG abfedern, wenn die benötigten Mittel aufgrund des Haushaltswachstums vorhanden sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Anders Stokholm
Stadtpräsident Frauenfeld

Direktor

Martin Flügel

Kopie: Schweizerischer Gemeindeverband